

Die neueste WPS-Resolution 2242 (von 2015) verlangt ebenso, Geschlechterdynamiken bei der Verhütung von gewaltbereitem Extremismus und der Terrorismusbekämpfung zu beachten. Der Grund hierfür ist, dass Extremisten – angetrieben von einem toxischen Verständnis von Maskulinität und dem Bestreben danach, patriarchale Strukturen zu zementieren – in ihrem „Siegeszug“ die Rechte von Mädchen und Frauen einschränken oder mit Füßen treten.

Doch Frauen sind nicht nur Opfer. Sie sind oft auch die effektivsten Gegenspielerinnen von Extremismus, was sich internationale Organisationen

Frauen sind nicht nur Opfer von Extremismus, sondern oft effektivste Gegenspielerinnen

wie Sisters Against Violent Extremism (SAVE), der PAIMAN Alumni Trust oder das Women Against Radicalisation Network in Großbritannien zunutze machen: Aufgrund von gesellschaftlich zugeschriebenen Rollen wie Mütter und Managerinnen

der Gemeinschaft haben sie einen besonderen Zugang. Doch auch das „Mannsein“ wird weltweit mit bestimmten Erwartungen verknüpft: Macht, Gewalt und Stärke. Eine echte feministische Außenpolitik nimmt daher auch die Dynamiken hinter dem „Männlichen“ genau unter die Lupe: Wieso scheint es, als führe soziale Ausgrenzung und Diskriminierung bei Männern zu Gewalt und bei Frauen zu Aktivismus und Protesten? • •

Kristina Lunz arbeitete in Myanmar, New York und bei der NGO „Sisma Mujer“ in Kolumbien.

Mit Kokain und Kalaschnikows

Wie organisierte Kriminalität den Militäreinsatz in Mali beeinflusst

Matthias Kennert | Die Sahelzone ist eine Schlüsselregion der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und steht seit dem Einsatz der Bundeswehr in Mali auch im Zentrum der deutschen Verteidigungspolitik. Neben der ursprünglichen Sorge, dass sich terroristische Gruppen in der Sahelregion ausbreiten, spielen die Staaten der Region nun auch als Herkunfts- und Transitländer von Flüchtenden und Migranten eine Rolle. Zudem wird durch diese Region Kokain aus Lateinamerika nach Europa geschmuggelt. Extremistische und terroristische Gruppen verdienen am Drogenhandel durch Transitgebühren für von ihnen kontrollierte Gebiete und finanzieren damit Waffenkäufe und den Unterhalt von Kämpfern.

Ein Blick nach Mali verdeutlicht die sicherheitspolitische Dimension, die aus diesem Zusammenhang erwächst: Seit 2012 steigt die internationale Präsenz in dem westafrikanischen Land. Frankreich führt mit der Militäroperation „Barkhane“ einen Kampfeinsatz; zusätzlich sollen Militärmissionen der Vereinten Nationen (MINUSMA) und der Europäischen Union (EUTM Mali) das Land stabilisieren. Auch die Bundeswehr ist mit bis zu 1000 Soldatinnen

und Soldaten beteiligt. Flankiert werden diese militärischen Anstrengungen von zivilen Missionen wie EUCAP Sahel Mali, die auf den Aufbau rechtsstaatlicher Sicherheitsstrukturen abzielen. Die Militärmissionen nehmen radikale und terroristische Gruppen von Al-Kaida im Maghreb und Ansar Dine über die Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO) bis zu Boko Haram ins Visier. Die Einsatzgebiete sind aber zugleich Knotenpunkte der organisierten Kriminalität. Mehr noch: In Mali verfolgen Terrorgruppen und kriminelle Netzwerke ähnliche Ziele. Deshalb liegt auch die Vermutung nahe, dass sie aktiv zusammenarbeiten. Die Folge: Die Terrorbekämpfung und der Kampf gegen organisierte Kriminalität werden miteinander vermischt.

In Mali verfolgen Terrorgruppen und organisiertes Verbrechen ähnliche Ziele

Eine klare Unterscheidung zwischen Terroristen, die im bewaffneten Kampf einen politischen Systemwechsel herbeiführen wollen, und Kriminellen, die in erster Linie von ökonomischen Interessen getrieben werden, ist aber unerlässlich. Sie bildet die Grundlage für eine akkurate Problemdefinition und die Entwicklung passgenauer Gegenmaßnahmen.

Freund oder Feind?

Organisierte Kriminalität darüber hinaus in Friedensverhandlungen einzubeziehen, ist eine Gratwanderung. Wichtig ist eine umfassende Paketlösung, die Polizei und Justiz, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Kooperation sowie das Militär vernetzt. Die Erfahrungen aus den Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Afghanistan und im Kosovo können hierbei lehrreich sein. Denn dort konnte man beobachten, wie nach dem Ende der militärischen Konfrontation ein Machtvakuum entstand, weil die internationale Gemeinschaft nicht für entsprechende Strukturen der inneren Sicherheit gesorgt hatte: UCK-Funktionäre mit kriminellen Verbindungen im Kosovo und in Drogengeschäfte verwickelte Warlords in Afghanistan nutzten die Freiräume für ihre Aktivitäten.

Das Militär übernimmt in der Post-Konflikt-Phase notgedrungen die Aufgaben der Polizei und des Justizapparats, wenn diese als Bestandteil der besiegten alten Ordnung ihre Handlungsfähigkeit und Legitimation verloren haben. Der Aufbau einer funktionierenden Architektur der inneren Sicherheit (Ausbildung von Polizisten, Richtern und Staatsanwälten) nimmt Zeit in Anspruch. Diese Konstellation einer de facto „Verpolizeilichung“ des Militärs ist nicht nur rechtlich problematisch, sondern insbesondere schwierig für die beteiligten Soldatinnen und Soldaten: Denn sie sind für polizeiliche Aufgaben weder ausgebildet noch ausgestattet.

Deshalb ist es so wichtig, in der Post-Konflikt-Phase ressortübergreifende Fähigkeiten anzuwenden: Eine Quick Response Force Crime könnte Richter, Staatsanwälte und Polizisten sowie Experten aus der Entwicklungszusammenarbeit und Militärangehörige in einer institutionalisierten Struktur zusammenfassen. Um extreme Kriminalität einzudämmen, braucht man militärische Mittel. Entscheidend ist jedoch der Aufbau eines Polizei- und Justizapparats, um nachhaltige Lösungen zu etablieren. Polizeiausbilder und Rechtsberater

könnten in Militärmissionen eingebettet werden, um in einer Übergangsphase das Machtvakuum zu minimieren. Experten aus der Entwicklungszusammenarbeit sollten von Beginn an Konzepte entwickeln, die die wirtschaftlichen Folgen der Kriminalitätsbekämpfung abfedern und Auswege aus Schattenökonomien und dem informellen Sektor aufzeigen. Darüber hinaus sollte offen über den Aufbau einer Gendarmerie (ein Hybrid mit polizeilichen und militärischen Fähigkeiten) als Rückgrat für solche Einsätze – auch auf europäischer Ebene – nachgedacht werden. Kurz: Gefragt ist vernetztes Handeln. • •

Matthias Kennert arbeitete bei UNODC in Wien und bei NGOs auf den Philippinen und in Genf.

Aufklärung statt Propaganda

Wie der Westen mit Russlands hybrider Kriegsführung umgehen sollte

Kaan Sahin | Hybride Bedrohungen, Cyber- und Informationskrieg werden im Westen überwiegend mit Russland verbunden. Maßnahmen wie eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU, der Aufbau von

Demokratieförderung gilt dem Kreml als Spielart „westlicher Kriegsführung“

Einrichtungen wie dem Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats in Helsinki oder das Verfassen einer NATO-Strategie zur Bekämpfung von hybriden Bedrohungen sind wichtige Schritte in diesem Kontext. Auch die Bundeswehr hat unter anderem

mit der Errichtung des Kommandos Cyber- und Informationsraum die Weichen gestellt, um besser auf russische Attacken vorbereitet zu sein.

Demokratien sind gegenüber autoritären Staaten in gewisser Weise stets im Nachteil: Freie Medienlandschaften, Mehrparteiensysteme sowie Rede- und Versammlungsfreiheit sind nur einige Aspekte, mit denen sich Autokratien nicht befassen müssen. Gerade die Informations- bzw. Propagandakriegsführung zeigt das Dilemma auf, in dem sich westliche Demokratien befinden: Der Kreml nutzt mit seinen staatsgebundenen Medien wie RT oder Sputnik demokratische Grundregeln aus, um Desinformationskampagnen zu betreiben, ohne jedoch diese Freiheiten im eigenen Staat zuzulassen. Wenn der Westen sich etwa um Demokratieförderung in Staaten Osteuropas bemüht, dann wird das von russischer Seite gern als eine Art „westliche Kriegsführung“ dargestellt, die letztlich zum Regimewandel führen sollte. Auch Sanktionen oder Anti-Korruptionsmaßnahmen gegen Moskau werden als offensiver Feldzug des Westens bezeichnet. Doch oftmals ist gar nicht klar, inwieweit diese Narrative nur zur Diskreditierung der Gegenseite genutzt werden, ob die russische Seite wirklich daran glaubt oder ob sie vielleicht sogar einen wunden Punkt getroffen hat.

Grundsätzlich müssen EU- und NATO-Staaten damit leben, dass solche Sichtweisen Unterstützung auch in westlichen Gesellschaften finden. Doch im